

## **A n t r a g**

der Fraktion der F.D.P.

### **Weiterentwicklung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Behinderte**

Der Beschäftigung von Schwerbehinderten in Werkstätten für Behinderte und in Integrationsbetrieben sowie dem Einsatz von Arbeitsassistenzen kommt eine besondere Bedeutung zu. Ziel muss es sein, behinderten Menschen die Teilhabe an der Erwerbs- bzw. Arbeitswelt zu ermöglichen. Dies stärkt einerseits das Selbstwertgefühl von Behinderten und ist andererseits ein wesentlicher Schritt, um das Zusammenleben und -arbeiten von Behinderten und Nichtbehinderten im Alltag zu fördern.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den Landtag über die demographische Entwicklung in Bezug auf behinderte Menschen und den daraus resultierenden Herausforderungen für das Land insbesondere in den Bereichen Schule, Ausbildung, Beschäftigung und Ruhestand bis zum 1. Januar 2000 zu unterrichten,
- gemeinsam mit der Gemeinnützigen Gesellschaft für Akquisition und Auftragsvergabe an Werkstätten für Behinderte mbH zu prüfen, ob z. B. durch eine Zusammenarbeit mit einem Hochschulinstitut im Marketingbereich eine weitere Steigerung des Absatzes der Produkte der Werkstätten sowie eine Verbesserung der Marktnähe zu erzielen ist,
- das Instrument der Fördergruppen in Werkstätten für Behinderte schrittweise auszubauen, damit schwerst behinderte Menschen zum Werkstattbesuch befähigt werden,
- die bereits vorhandenen Integrationsbetriebe auszubauen und wenn möglich weitere Integrationsbetriebe in entsprechenden Marktsegmenten zu errichten,
- bis zum Jahr 2001 ein flächendeckendes Netz von Arbeitsassistenzen in Rheinland-Pfalz aufzubauen,
- das Informationsangebot sowie das entsprechende Präventionsangebot für ausländische Behinderte zu verbessern, um – auf diesen Personenkreis bezogen – Behinderungen frühzeitiger erkennen und gezielter als bisher lindern zu können,
- die Übertragung der Erfahrungen und des Know-how, welches die Werkstätten für Behinderte in Zusammenarbeit mit dem Institut für Technologie und Arbeit bei der Gestaltung behindertengerechter Arbeitsplätze gesammelt haben, in die Privatwirtschaft hinein zu fördern und
- noch umfassender als bisher für ein einheitliches und abgestimmtes Informations- und Kooperationsangebot aller staatlichen Stellen der Behindertenhilfe gegenüber Unternehmen zu sorgen, so dass die Unternehmen noch unbürokratischer als bisher Ausbildungs- und Beschäftigungspotenziale in ihren Betrieben erschließen können.

Für die Fraktion:  
Werner Kuhn